

„Festung Europa - 70 Jahre nach Evian: Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen“

Kurzbericht über die Konferenz am 30.06./01.07.2008 in Berlin

Von Claudia Curio und Heiko Kauffmann

Am 30.06. und 01.07.2008 veranstaltete das Zentrum für Antisemitismusforschung zusammen mit PRO ASYL e. V. und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages eine Konferenz, die den 70. Jahrestag der Evian-Konferenz zum Anlass nahm, die derzeitige EU-Asylpolitik zu thematisieren. Kooperationspartner waren die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, das Forum Menschenrechte, Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V., die National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, die Stiftung Collegium Novum, die UNO-Flüchtlingshilfe und das GRIPS-Theater.

Anfang Juli 1938 hatten sich in Evian-les-Bains am Genfer See auf Initiative der US-Regierung Vertreter von 32 Staaten und Abgesandte von Hilfsorganisationen getroffen, um über die Aufnahme der nach dem „Anschluss“ Österreichs und infolge der NS-Verfolgungs- und Vertreibungspolitik immer zahlreicher werdenden Flüchtlinge aus dem Machtbereich der Nationalsozialisten zu beraten. Das Ergebnis der Konferenz von Evian war enttäuschend, da die Staaten ihre Aufnahme-politik weiter verschärften und sich auf keinerlei humanitäre Lösungen für die Flüchtlingskrise einigen konnten.

Ausgehend von den nach Kriegsende getroffenen und auch heute verbindlichen internationalen Konventionen zum Menschenrechts- und Flüchtlingschutz ging es in der Tagung immer wieder um die Frage, in welchem Maße die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union heute diesen Konventionen gerecht wird. Besonderes Augenmerk galt hierbei den menschen- und völkerrechtlich fragwürdigen Abschottungsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen im Süden und im Osten.

Der erste Veranstaltungstag fand in Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages statt. Gottfried Köfner, UNHCR-Regionalvertreter für Deutschland, Österreich und die Tschechische Republik, eröffnete den Tag mit einem Grußwort, danach thematisierten Wolfgang Benz und Fritz Kieffer in ihren Vorträgen die Ereignisse des Jahres 1938 und ihre Auswirkungen auf die Schicksale unzähliger NS-Verfolgter, denen die Flucht aus dem Machtbereich Hitlers nicht mehr gelang. Heiko Kauffmann (PRO ASYL) leitete in seinen Ausführungen zu dem gegenwärtigen Problem der europäischen Asylpolitik über. Nach einem Grußwort von Herta Däubler-Gmelin, der Vorsitzenden des Bundestags-Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe berichteten Elias Bierdel (borderline-Europe. Menschenrechte ohne Grenzen e. V.) und Günter Burkhardt (PRO ASYL) von den derzeitigen Zuständen im Mittelmeerraum. Sie kamen zu dem Schluss, dass die zum Teil in paramilitärischem Stil durchgeführten Abwehrmaßnahmen nicht nur inhuman sind, sondern Flüchtlinge nicht aufhalten können und zudem längere und gefährlichere Fluchtwege mit einer größeren Zahl von Toten zur Folge haben.

Am Nachmittag fanden sich vier ehemalige Flüchtlinge mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten zu einer beeindruckenden Gesprächsrunde zusammen: Irene Katzenstein-Schmied und Gideon Behrendt, die beide als Kinder mit Kindertransporten nach England fliehen mussten und anlässlich der Konferenz aus New York beziehungsweise Netanya in ihre ehemalige Heimatstadt Berlin gekommen waren, und Paolo Afonso Bunga und Fidel Panzo, die als Jugendliche allein aus Angola nach Berlin geflohen waren.

Trotz der unterschiedlichen politischen, kulturellen und sozialen Umstände ihrer Flucht stellten die vier Podiumsteilnehmer fest, dass es für Kinder, die allein ins Exil müssen, auf einer psychosozialen Ebene doch Gemeinsamkeiten gibt, die die Lebenswege in vergleichbarer Weise prägen: der Verlust der Familie, die frühe Selbständigkeit, die Ungewissheit über den Verbleib der Angehörigen, die Abhängigkeit von der Hilfsbereitschaft Fremder, das Gefühl, nicht willkommen zu sein, die Erfahrung, dass Hilfe und Fürsorge weniger durch staatliche Institutionen als vielmehr durch engagierte Einzelpersonen und nichtstaatliche Hilfseinrichtungen zu erwarten sind.

Der zweite Tag fand in der Technischen Universität Berlin statt und begann mit einem Vortrag von Ruth Weinzierl (Deutsches Institut für Menschenrechte), die aus juristischer Perspektive darstellte, welche völker- und menschenrechtlichen Instrumente es für eine Humanisierung der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt. Lothar Krappmann, Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, schilderte, welche Probleme sich für Kinderflüchtlinge durch die Vorbehaltserklärung der deutschen Regierung bei der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention ergeben und ging kurz auf die Bemühungen des UN-Ausschusses und anderer Einrichtungen ein, eine Rücknahme des Vorbehaltes zu erreichen.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmer aus insgesamt acht Workshops wählen, in denen in kleinerer Runde mit Fachleuten Einzelthemen diskutiert werden konnten. Auf besonderes Interesse stießen die Workshops „Festung Europa: Tradition, Gegenwart und Konsequenzen einer übernationalen Asylpolitik“ (Susanne Heim und Karl Kopp) und der von Ute Koch und Stefan Kessler geleitete Workshop „Illegalisierte: Menschen ohne Papiere“. Für den durch IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. organisierten Workshop „Flucht und Trauma. Psychosoziale und medizinische Probleme von Flüchtlingen damals und heute“ konnte die bekannte Menschenrechtsaktivistin Helen Bamber aus London gewonnen werden, die bereits nach Kriegsende in Bergen-Belsen mit Überlebenden arbeitete und sich auch heute mit der Helen Bamber Foundation für Opfer von Folter, Krieg und Gewalt engagiert. Weitere Seminare waren den Themen Flüchtlinge und Fluchtursachen in Zeiten der Globalisierung, unbegleitete 45

minderjährige Flüchtlinge, EU-Außengrenzen Ost und Süd, und Kriminalisierung von Fluchthilfe gewidmet.

In Kooperation mit dem GRIPS-Theater und mit rbb/inforadio fand am Nachmittag im GRIPS-Theater eine Podiumsdiskussion statt, an der Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) und Holger Haibach (CDU), beide MdB, Julia Duchrow (amnesty international) und Karl Kopp (PRO ASYL) sowie Rolah Mousbah Saleh und Ibrahim Delen-Kanalan (Jugendliche ohne Grenzen) teilnahmen. In der durch Alfred Eichborn moderierten und für die Sendung Forum inforadio aufgezeichneten Gesprächsrunde ging es um die Frage, wie die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU besser mit den humanitären Grundwerten demokratischer Gesellschaften in Einklang gebracht werden kann.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete das Theaterstück des GRIPS-Theaters „Hiergeblieben!“, das im Rahmen der Kam-

pagne „HIER GEBLIEBEN! Für ein ganzes Bleiberecht und die UNO-Kinderrechte“ entstanden ist und den authentischen Fall der Berliner Schülerin Tanja Ristic erzählt, deren Abschiebung durch das Engagement ihrer Mitschüler und Lehrer verhindert werden konnte.

Mit ca. 240 Teilnehmern erfreute sich die Konferenz großen Zuspruchs. Die Referenten und Teilnehmer waren sich einig, dass angesichts der Frage, was die Staatengemeinschaft aus der Erfahrung von Evian gelernt hat, eine eher negative Bilanz zu ziehen ist, und dass in der europäischen Flüchtlingspolitik die großen internationalen Nachkriegskonventionen wieder mit größerem Nachdruck umgesetzt werden müssen (vgl. dazu Presseerklärung mit Forderungen zum Abschluss der Konferenz sowie Ausschnitte aus den Vorträgen von Lothar Krappmann und Heiko Kauffmann in den Kästen).

Schutz von Flüchtlingen muss auf die Agenda der internationalen Politik

Abschluss-Erklärung zur Konferenz „Festung Europa. 70 Jahre nach Evian. Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen“

Vor 70 Jahren, vom 6. bis zum 15. Juli 1938 fand in Evian-les-Bains am Genfer See die durch die US-Regierung initiierte Evian-Konferenz statt, auf der Abgesandte von 32 Nationen sowie Vertreter von Hilfsorganisationen über die Aufnahme der vom NS-Regime Verfolgten berieten. Aufgrund des katastrophalen Ergebnisses –weitere Grenzsicherungen waren die Folge der halbherzigen Verhandlungen und unzähligen, im Machtbereich Hitlers befindlichen Verfolgten wurden letzte legale Fluchtwege verschlossen – ist die Evian-Konferenz zum Symbol des Versagens der demokratischen Staaten angesichts der Flüchtlingskrise des Jahres 1938 geworden.

Nach Kriegsende wurden mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zwei wesentliche Grundlagen einer humanitären Flüchtlingspolitik geschaffen. Die Länder der Europäischen Union tragen in der heutigen Flüchtlingskrise die Verantwortung dafür, wie inhuman oder human mit Flüchtlingen umgegangen wird; sie haben sich in Tampere 1999 eindeutig zum Flüchtlingschutz bekannt. Dazu steht die derzeitige Abschottungspolitik der Europäischen Union an den Außengrenzen, die bereits Tausende Tote gefordert hat, in krassem Gegensatz. Die Ende Juni 2008 vom Europäischen Parlament verabschiedete EU-Rückführungsrichtlinie ist jüngstes Beispiel dafür, in welcher Geisteshaltung EU-Flüchtlingspolitik derzeit betrieben wird.

In Erinnerung an Evian setzen wir uns dafür ein, dass Kinderflüchtlinge nirgendwo in der EU mehr in Abschiebehaft genommen und in ihnen fremde Länder abgeschoben werden können. Wir halten es für eine besondere politische und moralische Verpflichtung Deutschlands, Flüchtlingskindern alle Rechte der UN-Kinderrechtskonvention umfassend und uneingeschränkt zu garantieren. Die noch nicht erfolgte, auch vom UN-Ausschuss für Kinderrechte in Genf wiederholt angemahnte Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung zu dieser Konvention stellt die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Kinder- und Integrationspolitik massiv in Frage. Es ist Sache des Parlaments, hier endlich Klarheit im Sinne des Kindeswohls zu schaffen.

Durch die Verstärkung der „Festung“ Europa mit militärischen und völker- und menschenrechtlich fragwürdigen Methoden setzt die EU ihre Glaubwürdigkeit in der Menschenrechts- und Asylpolitik aufs Spiel. Binnen- und Klimaflüchtlinge und Hunderttausende andere Flüchtlinge sind derzeit nicht einmal völkerrechtlich geschützt und werden deshalb kriminalisiert. Völkerrechtliche nationale und EU-Standards müssen den veränderten globalen Bedingungen von Flucht und Migration angepasst werden, damit nicht weiterhin Millionen Menschen ohne jeglichen Schutz sind.

Wir setzen und dafür ein, dass der Schutz von Flüchtlingen auf die Agenda der internationalen Politik gesetzt und eine UN-Konferenz für die Rechte von Flüchtlingen einberufen wird, außerdem für eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von sozialen, ökonomischen, ökologischen und politisch-institutionellen Fluchtursachen.

Die Tragödien, die sich derzeit an den Küsten und in den Grenzregionen Europas abspielen, sind eine humanitäre und politische Bankrotterklärung Europas. Wir fordern einen Paradigmenwechsel der gesamten EU-Asylpolitik: weg von einer inhumanen Abwehr-, Abschottungs- und Abschiebehaltung hin zu einer offenen, partnerschaftlichen Aufnahmegesellschaft. Dies erfordert auch einen radikalen Kurswechsel in weiteren Politikbereichen, etwa in der EU-Handels- und Agrarpolitik.

gez. Wolfgang Benz, Heiko Kauffmann